

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

36. Jahrgang

Berlin, den 25. September 1969

2. Ausgabe
 Nummer 39

Verschärfter Restriktionskurs

Zur kreditpolitischen Situation in der Bundesrepublik

Am 11. September erhöhte die Bundesbank ihren Diskontsatz von 5 auf 6%. Knapp eine Woche später schwenkte der Bund auf den verschärften Restriktionskurs der Notenbank ein: Er überbot mit einem Zinssatz von fast 8% die bis dahin herrschenden Konditionen, als er zur Ablösung von Geldmarktverpflichtungen um ein größeres Schuldscheindarlehen bei den Banken nachsuchte.

Obwohl die Bundesbank ihren Diskontsatz innerhalb eines halben Jahres um drei Prozent heraufgesetzt hat, ist offenbar nach ihrer Auffassung der kreditpolitische Aktionsradius noch nicht überschritten worden. Kurz vor der jüngsten Diskonterhöhung, im Monatsbericht für September, hatte die Notenbank jedenfalls die bis dahin eingeleiteten Bremsmaßnahmen als „relativ milde“ bezeichnet:

„Infolge der Zinserhöhungen in einer Reihe von Ländern während der letzten Monate hat sich die Stellung der Bundesrepublik im internationalen Zinsgefüge auch nach der Zinssteigerung im Inland während der Monate Juni und Juli nur unwesentlich verändert. . . Die Liquiditätsquote der Banken ist gegenwärtig immer noch so hoch, daß ihr Kreditschöpfungspotential nicht nennenswert beschränkt wird“ (a. a. O., S. 8).

Internationales Zinsgefüge und kreditpolitischer Aktionsradius

Im Laufe des Jahres 1967 entstand ein beträchtliches Gefälle zwischen den Zinssätzen für Dreimonatsgeld in Frankfurt und auf dem Euro-Dollar-

Markt (London). Seit Mitte 1967 weist der Euro-Geldzins eine steigende Tendenz auf. Demgegenüber sank der deutsche Geldmarktzins bis zum Herbst 1967 und blieb bis weit in das Jahr 1968 stabil; nennenswert zog er erst im Laufe des Jahres 1969 an. Während die Zinsspanne bis zum Frühjahr 1967 meist weniger als 1 Prozent betragen hatte, belief sie sich 1968 bereits auf 2 bis 3 Prozent; in der ersten Septemberhälfte 1969 lag der deutsche Geldmarktzins mit 7 Prozent um 4,5 Prozent unter dem Euro-Dollar-Satz.

Eine ähnliche, wenn auch weniger ausgeprägte Entwicklung zeichnete sich auf dem Rentenmarkt ab: Die Position des deutschen Anleihezinses im internationalen Zinsgefüge verschob sich in den letzten Jahren nach unten. Für Dollar-Auslandsanleihen werden seit fast zwei Jahren Renditen erzielt, die um mehr als 1 Prozent über denen für öffentliche Inlandsanleihen liegen.

Die Auffassung, daß die niedrige Position der deutschen Zinssätze im internationalen Zinsgefüge Indikator für einen entsprechenden Aktionsradius der Notenbank sei, ist weit verbreitet. Sie ist nichtsdestoweniger fragwürdig: Seit geraumer Zeit stehen die internationalen Geld- und Kapitalmärkte im Zeichen einer besonders lebhaften Währungsspekulation. Wer in letzter Zeit DM-Beträge beispielsweise in Dollar-Guthaben anlegen wollte, mußte das Risiko eingehen, daß während der Anlageperiode der DM-Gegenwert seiner Dollar-Forderung durch eine Aufwertung der D-Mark ge-

schmälert werden würde. Er war zur Anlage seiner D-Mark nur bereit, wenn er auf dem Euro-Dollar-Markt einen Zins erhielt, der den deutschen Zins um einen Satz überstieg, der nicht nur eine — meist minimale — Gewinnspanne, sondern auch die Kosten der Wechselkurssicherung (Deport) oder das selbst übernommene Währungsrisiko deckte. Entsprechende Überlegungen gelten für den, der ausländische Valuten, etwa Dollars, in DM-Guthaben anzulegen wünschte. Er begnügte sich mit einer im Vergleich zu Dollar-Anlagen niedrigeren Verzinsung von DM-Guthaben, wenn diese Zinsdifferenz durch eine aus einer Aufwertung der D-Mark erwartete „Rendite“ — bei Termingeschäften: Prämie oder Report — etwas mehr als aufgewogen wurde. Daraus folgt: Solange das von den Marktteilnehmern kalkulierte oder von der Bundesbank im Kurssicherungsgeschäft selbst übernommene Währungsrisiko konstant bleibt und solange keine autonomen — etwa durch zusätzliche Restriktionsmaßnahmen anderer Notenbanken hervorgerufenen — Zinssteigerungen auf den ausländischen Kreditmärkten auftreten, schlagen Diskonterhöhungen und andere monetäre Bremsmaßnahmen nur zum Teil auf den Inlandsmarkt durch; zum Teil werden sie auch auf die ausländischen Kreditmärkte überwältigt: Sie provozieren Geldzuflüsse aus dem Ausland, die einerseits die inländischen Zinsauftriebstendenzen dämpfen und andererseits die Anspannung auf den ausländischen Geld- und Kapitalmärkten verstärken.

Ebenso problematisch wie die „Zinsspannentheorie“ ist die Vorstellung, die geldpolitischen Instanzen der Bundesrepublik seien mit ihren Maßnahmen der monetären Restriktionspolitik in den übrigen Ländern lediglich passiv gefolgt. Wesentlich realistischer ist die Vermutung, daß zwischen den Maßnahmen der einzelnen Länder eine — durch den Begriff „Zins-Eskalation“ gekennzeichnete — Wechselbeziehung besteht: Die Währungsbehörden anderer Länder sind auch durch die westdeutsche Bremspolitik veranlaßt worden, ihren Kontraktionskurs zu verschärfen, um stärkeren Geldabflüssen in die Bundesrepublik entgegenzuwirken. Für die Anfangsphase des westdeutschen Restriktionskurses mag es noch zutreffen, daß sich die Bundesrepublik eher als „Preis-anpasser“ verhalten hat. Spätestens seit der jüngsten Diskontsatzerhöhung kann jedoch hiervon nicht mehr gesprochen werden. Bereits wenige Tage danach haben einige andere Notenbanken aus zahlungsbilanzpolitischen Gründen mit einer Erhöhung ihrer Bankraten geantwortet.

Ist die Bankenliquidität überhöht?

Vorausschätzungen der Liquiditätsreserven der Geschäftsbanken sind in Zeiten von Währungs-

Entwicklung der erfassbaren Bankenliquidität¹⁾
Mrd. DM

	1968	1969 ⁷⁾
Liquiditätserhöhende (+) bzw. -vermindernde (-) Vorgänge		
Zunahme (-) der Zentralbankguthaben der Banken ²⁾	- 2,6	- 6
Zum Vergleich:		
Zunahme d. Reserve-Solls aufgrund:		
Einlagenzunahme	- 2,0	- 1,8
Reservesatzänderung	—	- 4,4
Zuwachs-Verbindlichkeiten ³⁾	- 1,2	.
Bargeldzunahme (-) bei Nichtbanken	- 1,0	- 2
Staatliche Transaktionen	- 2,4	- 11
Offenmarktoperationen ⁴⁾	- 0,4	.
Rediskontkontingente	+ 2,0	- 1
sonstige Vorgänge	- 0,9	-
zusammen	- 5,3	- 20
Devisenzufluß ⁵⁾	+ 10,3	+ 10
Änderung der Bankenliquidität	+ 5,0	- 10
Bestand an Bankenliquidität ⁶⁾	40	30

¹⁾Von den Banken (ohne Bundesbank) gehaltene inländische Schatzwechsel und U-Schätze, ausländische Geldmarktpapiere und kurzfristige Forderungen an ausländische Banken plus unausgenutzte Rediskontkontingente. — ²⁾Einschließlich Bargeld. — ³⁾Gegenüber Gebietsfremden. — ⁴⁾Kauf (+) von öffentlichen Anleihen durch die Bundesbank auf deren Rechnung. — ⁵⁾Zunahme (+) der Währungsreserven der Bundesbank sowie der Auslandsanlagen (Anm.1) der übrigen Banken. ⁶⁾Jahresende. — ⁷⁾Grobe Schätzung.

krisen und damit verbundenen Spekulationswellen mit besonders großen Unsicherheitsmargen behaftet. Die obenstehende Übersicht über die Liquiditätszuflüsse und -abflüsse bei den Banken kann deshalb nur ein grober Anhaltspunkt für die im ganzen Jahr zu erwartende Liquiditätsentwicklung sein.

Relativ leicht abgreifen läßt sich die Belastung der Banken aufgrund der Zunahme ihres Reserve-Solls. Geht man davon aus, daß im weiteren Verlaufe des Jahres die Reserve-Sätze nicht mehr erhöht werden, so kann für das ganze Jahr 1969 mit einer Liquiditätsbelastung von 6 Mrd. DM gerechnet werden. Dabei können 1,8 Mrd. DM der Zunahme der reservspflichtigen Verbindlichkeiten¹ und 4,4 Mrd. DM der Erhöhung der Reservesätze² zugerechnet werden; auf eine Schätzung des Reserve-Solls (100 vH) für den Zuwachs der Verbindlichkeiten gegenüber Gebietsfremden ist allerdings verzichtet worden.

Im Frühjahr hat die Bundesbank die Rediskontkontingente um 3 Mrd. DM gekürzt und damit die Möglichkeit der Banken eingeengt, durch die Rediskontierung von Wechseln bei der Notenbank Zentralbankgeld zu erhalten. Ohne diesen Beschluß würden die Rediskontkontingente, die auf der Grundlage der haftenden Mittel der Banken fest-

¹ Auf der Basis der seit Jahresbeginn wirksamen Neugrenzung der reservpflichtigen Verbindlichkeiten. Dabei sind ein durchschnittlicher Reserve-Satz von 5,5 vH und eine Wachstumsrate der Verbindlichkeiten von 12 bis 13 vH unterstellt worden.
² 7 vH.

gesetzt werden, Ende dieses Jahres um 2 Mrd. DM größer sein als Ende 1968. Per Saldo ergibt sich somit für 1969 ein Rückgang der Rediskont-Kontingente um 1 Mrd. DM.

Auch die Schätzung der zusätzlichen Bargeldanforderungen an die Banken ist im allgemeinen unproblematisch. Der Bargeldumlauf ist überwiegend eine „Funktion“ der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, die 1969 erheblich stärker zunehmen werden als 1968. Von dieser Seite her kann ein Zentralbankgeldverlust der Banken in Höhe von 2 Mrd. DM erwartet werden.

Der Staat, namentlich der Bund und die Länder, werden in diesem Jahr erheblich mehr Steuereinnahmen erzielen als sie für Güter, Dienste und Übertragungen an Inländer ausgeben werden. Außerdem nimmt der Bund seit längerem in erheblichem Umfange längerfristige Bankkredite bei den Geschäftsbanken auf. Ein erheblicher Teil der Einnahmenüberschüsse (zuzüglich des Gegenwerts der Bankkredite) wird aber nicht über die Darlehensgewährung an die Wirtschaft zu den Banken zurückgeleitet, sondern auf Bundesbankkonten angelegt (Ausgleichsrücklage!) und zur Rücknahme der — von den Banken als Liquiditätsreserve gehaltenen — Schatzanweisungen des Bundes und der Länder verwendet werden. Ende 1968 hielten die Banken noch Schatzanweisungen in Höhe von 8 Mrd. DM. Ende Juli 1969 ist dieser Bestand bereits auf 4,5 Mrd. DM geschrumpft und dürfte, da der größte Teil demnächst fällig wird, bis zum Ende dieses Jahres nahezu abgebaut werden. Die Prognose eines Liquiditätsentzuges durch den Staat von mehr als 10 Mrd. DM erscheint deshalb keineswegs als zu kühn.

Alles in allem kann mit einem Liquiditätsentzug von inländischer Seite in der Größenordnung von 20 Mrd. DM gerechnet werden — einer Belastung, wie sie bisher, selbst in Perioden extremer Kontraktionspolitik, nicht zu verzeichnen gewesen war.

Ein starker Liquiditätsentzug, zumal in Verbindung mit Erhöhungen des Diskontsatzes, hat erfahrungsgemäß starke Wirkungen auf die Devisenbilanz. Die Banken schränken ihr Angebot an Kapitalmarktmitteln ein — schon in den letzten Monaten sind ihre Wertpapierkäufe zurückgegangen —, sie erhöhen ihre Kredit- und Einlagenzinsätze, und sie verschärfen ihre Bonitätsanforderungen an ihre Kreditnehmer. Dies führt dazu, daß der Kapitalexport nachläßt und daß den Banken direkt — über Einlagen — oder indirekt — durch Kreditaufnahme der Wirtschaft im Ausland — liquide Mittel aus dem Ausland zufließen. Gegenwärtig kommt hinzu, daß die Spekulation auf eine Aufwertung der DM auch weiterhin das Feld beherr-

schen wird, da vielfach — zu Recht — befürchtet wird, daß die bisher verfolgte, auf die Inlandsnachfrage gerichtete Restriktionspolitik den zu erwartenden Preisauftrieb kaum eindämmen, dafür aber um so mehr außenwirtschaftliche Probleme (Konservierung der Leistungs- und Devisenbilanzüberschüsse) aufwerfen wird. In die Liquiditätsbilanz der Banken ist deshalb für 1969 wiederum ein starker Devisenzufluß (10 Mrd. DM) eingesetzt worden.

Nach dieser — wie erwähnt: nur vagen — Vorkalkulation der Liquiditätsströme werden die Liquiditätsreserven Ende dieses Jahres mit 30 Mrd. DM um 10 Mrd. DM niedriger sein als Ende 1968. Die Liquiditätsquote (9 bis 10 vH) würde dann immer noch erheblich höher sein als Mitte 1966 (6 vH) und etwa so groß wie Mitte 1964. Trotzdem ist es unter den gegenwärtigen Umständen recht gewagt, eine solche Quote „überhöht“ zu nennen: In der Zeit von April vorigen bis Juli diesen Jahres haben die deutschen Banken und die übrigen Unternehmen für ungefähr 20 Mrd. DM kurzfristige Mittel importiert. Die Auslandsverbindlichkeiten der Banken erhöhten sich um mindestens 6 Mrd. DM, nachdem sie in dem Zeitraum von Frühjahr 1964 bis Frühjahr 1968 im ganzen — und zwar ohne größere Schwankungen — nur um 2 Mrd. DM zugenommen hatten. Die Unternehmen haben in der Referenzperiode, vor allem in den letzten Monaten, für 3,5 Mrd. DM Finanzkredite und für 10 Mrd. DM Lieferantenkredite (netto) im Ausland aufgenommen. Diese Mittelzuflüsse sind zu einem ganz erheblichen Teil durch die Währungsspekulationen induziert worden. Die Grundlage, auf der sich die Bankenliquidität heute aufbaut, ist also sehr labil. Sie würde umgehend zusammenbrechen, wenn entweder tatsächlich noch aufgewertet würde oder sich die Überzeugung durchsetzte, daß mit einer Paritätsänderung nicht mehr zu rechnen sei. Eine drastische Revision des Notenbankkurses wäre dann aus konjunkturpolitischen Gründen dringend geboten — und im Falle einer Aufwertung auch wahrscheinlich.

Rasch steigende Fremdfinanzierungsquote

Die These, die monetären Bremsmaßnahmen seien „relativ milde“, wird oft auch mit dem Hinweis darauf begründet, daß die üblichen monetären und realen Konjunkturindikatoren (Kreditexpansion, Geldvolumen, Aufträge, Investitionen) noch immer nicht reagiert hätten. Ein solches Urteil überrascht um so mehr, als doch inzwischen die Erkenntnis Allgemeingut geworden sein sollte, daß geldpolitische Restriktionsmaßnahmen gewöhnlich erst nach einem erheblichen time-lag auf die Nachfrage und die Ausgaben der Wirtschaft durchschlagen. Sie

brauchen eine lange Anlaufzeit, greifen dann aber oft blockierend.

Die zu erwartenden Wirkungen sollten aber auch aus einem anderen Grunde nicht bagatellisiert werden: Die Nettoverschuldung der Unternehmen wird — nicht zuletzt infolge der staatlichen Überschußpolitik — im laufenden Jahre sehr viel stärker zunehmen als im Vorjahr (vgl. Tabelle). Die Fremdfinanzierungsquote, d. h. die Relation zwischen der Verschuldungszunahme und den Brutto-(Netto-)Investitionen, wird sich voraussichtlich von 16 vH (33 vH) im Jahre 1968 auf 28 vH (54 vH) im Jahre 1969 erhöhen. Dies bedeutet, daß die Anfälligkeit der Wirtschaft gegenüber einer Erschwerung der Fremdfinanzierungskonditionen (Zinssatz, Bonitätsanforderungen) größer wird. Gewiß wird die Fremdfinanzierungsquote immer noch unter der — freilich extrem hohen — Fremdfinanzierungsquote im Jahre 1965 liegen. Immerhin sollte nicht übersehen werden, daß die Investitionsentscheidungen der Unternehmen auch durch die Intensität beeinflußt werden, mit der sich die Fremdfinanzierungsquote verändert. 1965 erhöhte sich die Fremdfinanzierungsquote gegenüber 1964 von 32,7 vH (56,6 vH)

Investition und Verschuldungszunahme bei den Unternehmen¹⁾
Mrd. DM

	1965	1966	1967	1968	1969 ⁴⁾
Bruttoinvestition	107,7	103,4	87,7	111,4	131
·/. Abschreibungen	44,9	49,8	52,5	56,6	62
Nettoinvestition	62,8	53,6	35,2	54,8	69
·/. Eigene Mittel	25,5	23,2	23,1	37,0	32
Verschuldungszunahme ²⁾ . .	37,3	30,4	12,1	17,8	37
in vH der Bruttoinvestition .	34,6	29,4	13,8	16,0	28
in vH der Nettoinvestition .	59,4	56,7	34,4	32,5	54
Zum Vergleich: Geldvermögensbildung ³⁾ der übrigen Sektoren					
Private Haushalte	32,9	31,6	30,6	34,7	38
Staat	-2,0	-0,6	-8,4	-5,0	9
Übrige Welt	6,4	-0,6	-10,1	-11,9	-10
Insgesamt	37,3	30,4	12,1	17,8	37

¹⁾ Einschließlich Wohnungswirtschaft, — ²⁾ Verschuldung (netto): Verbindlichkeiten minus Forderungen (einschl. Bargeld). — ³⁾ Geldvermögen (netto): Forderungen (einschl. Bargeld) minus Verbindlichkeiten. — ⁴⁾ Grobe Schätzung.

auf 34,6 vH (59,4 vH). Die Tendenz zu einer steigenden Fremdmittelbelastung wird also diesmal weit aus steiler sein.

Lohnexpansion verstärkt sich

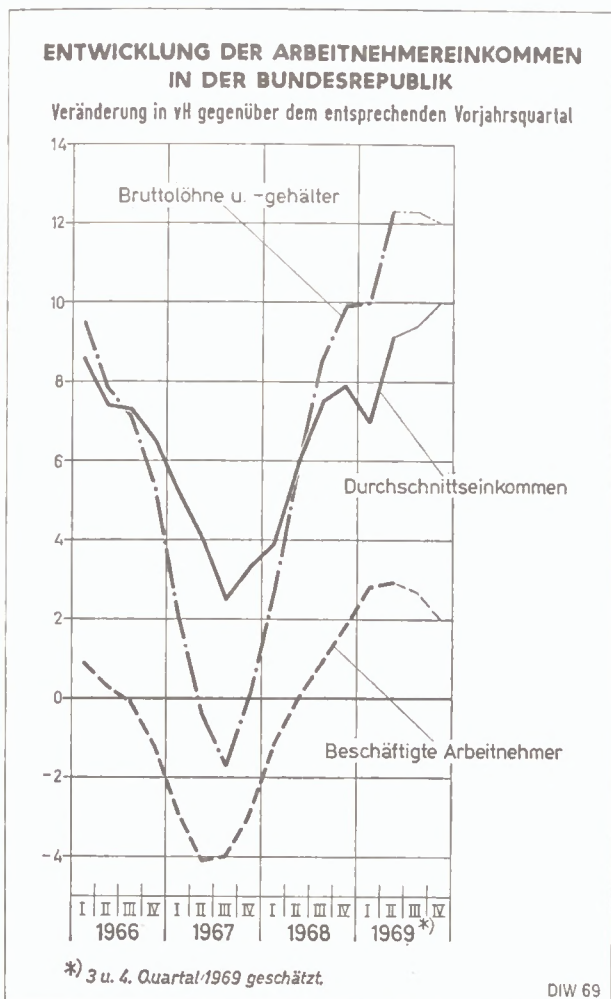
Beschäftigung und Arbeitnehmereinkommen in der Bundesrepublik Deutschland im zweiten Quartal 1969

Der starke Konjunkturaufschwung hat der Lohnentwicklung einen ungemein kräftigen Auftrieb verliehen. Nach rascher Überwindung des winterlichen Saisontiefs übertraf die Summe der Bruttolöhne und -gehälter im zweiten Quartal den entsprechenden Vorjahrsstand um 12,3 vH. Bei deutlicher Konzentration der unerwartet hohen Beschäftigungszunahme auf die Industrie hat die Entwicklung der Individualeinkommen nun recht gleichmäßig auf sämtliche Bereiche übergegriffen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß mit einer weiteren Beschleunigung des schon hohen Wachstumstempos zu rechnen ist.

Im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung verläuft die Expansion einzelner Einkommensgruppen jetzt anders als in den vorangegangenen Quartalen: Seit dem Tiefpunkt der Rezession waren die Gewinne zunächst stärker als die Einkommen der Arbeitnehmer gestiegen. Nachdem sich im Vorquartal eine parallele Entwicklung eingestellt hatte, expandierten im Berichtsquartal die Lohneinkommen wesentlich lebhafter. Die Zuwachsrate der Lohn- und Gehaltssumme übertraf die Einkommensentwicklung aus Unternehmer-

tätigkeit (+ 6 vH) erstmals deutlich. Die Einkommenslage nach der Umverteilung ergibt gegenwärtig allerdings noch ein anderes Bild: Zu Lasten der Netto-Erwerbseinkommen haben sich die (für den öffentlichen Verbrauch und die öffentliche Vermögensbildung) verfügbaren Einkommen des Staates (einschließlich Sozialversicherung) stark erhöht (zweites Quartal: + 28,5 vH).

Die tarifliche Lohnexpansion hat sich im zweiten Quartal für Arbeiter leicht, für Angestellte stärker beschleunigt. Der Abstand zwischen der tatsächlichen und der tariflichen Entwicklung ist dabei fast unverändert geblieben. Mehreinkünfte durch gestiegene individuelle Arbeitszeit (soweit statistisch feststellbar) spielten wie schon im Vorquartal — mit Ausnahme der saisonal wieder zunehmenden durchschnittlichen Arbeitszeit im Baugewerbe — keine Rolle mehr. Die Differenz der effektiven und tariflichen Lohnreihen ist also mehr als im vergangenen Jahr (Kurzarbeit wurde 1968 wieder abgebaut!) auf „echte“ Lohndrift, also auf arbeitszeitunabhängige Einkommenssteigerungen zurückzuführen (Einkommenszunahme je beschäftigten Arbeiter im zweiten Quartal 1969: effektiv 9,2 vH,



Die witterungsbedingte Winterarbeitslosigkeit schmolz im Frühjahr schnell dahin. Ende Juni war mit rund 110 000 ein Tiefstand erreicht, der dem der früheren Hochkonjunkturperioden entspricht. Die Zahl der offenen Stellen vermittelt ein ebenso eindrucksvolles Bild der gegenwärtigen Hochkonjunktur: Sie nahm im Berichtsquartal nochmals um rund 125 000 zu. Ende Juni erreichte sie rund 850 000 und lag damit um 300 000 über dem vergleichbaren Vorjahrsstand.

Nachdem der Rückgang der Arbeitslosigkeit nochmals — wenn auch abnehmend — zur Beschäftigtenexpansion beigetragen hatte, ist es mit dem völligen Abbau der Arbeitslosigkeit immer schwieriger geworden, inländische Arbeitskräfte zu mobilisieren. Im Vorjahrsvergleich sind im Berichtsquartal allerdings — per Saldo — nicht weniger als 135 000 zusätzliche Beschäftigte aus der „unsichtbaren“ Binnenreserve gewonnen worden.

Die Zunahme der weiteren Beschäftigung hängt jedoch immer mehr davon ab, inwieweit zusätzliche ausländische Arbeitskräfte angeworben werden können. Seit dem Frühjahr 1968 nimmt die während der Rezession deutlich zurückgegangene Zahl der Gastarbeiter wieder rapide zu. Diese überaus günstige Entwicklung hat sich offensichtlich in den letzten Monaten noch verstärkt: Von Ende März bis Ende Juni erhöhte sich die Zahl der beschäftigten Ausländer um rund 140 000, eine Zunahme, die im gleichen Zeitabschnitt früherer Jahre auch nicht annähernd erreicht worden ist. Im Vorjahrsvergleich wurden damit rund 355 000 zusätzliche Arbeitskräfte aus dem Ausland registriert.

tariflich 6,0 vH; je beschäftigten Angestellten: effektiv 9,4 vH, tariflich 6,0 vH).

Beschäftigung

Die nun schon seit Mitte des vergangenen Jahres äußerst lebhafteste Beschäftigtenexpansion hat sich auch im zweiten Quartal 1969 fortgesetzt. Nach Schätzungen des DIW war die Beschäftigtenzahl im Berichtsquartal um rund 615 000 höher (im Vorquartal 575 000) als in der entsprechenden Vorjahrszeit. Gegenüber dem Vorquartal stieg die Beschäftigtenzahl allein um rund 265 000, d. h. wesentlich stärker als saisonüblich.

Das produzierende Gewerbe hat den überwiegenden Anteil an der Mehrbeschäftigung an sich gezogen. Insbesondere in der Industrie hat die Beschäftigtenexpansion ein auch früher nie beobachtetes Ausmaß erreicht. Die schon im Vorquartal sehr hohe Jahreszuwachsrate (+ 4,7 vH) verstärkte sich im Berichtsquartal nochmals beträchtlich (+ 5,2 vH). In der konjunkturell besonders begünstigten Investitionsgüterindustrie nahm die Zahl der Beschäftigten im Jahresvergleich sogar um 8,0 vH zu. Doch war die registrierte Beschäftigtenzunahme auch in der Verbrauchsgüterindustrie (+ 5,2 vH) und in der Grundstoffgüterindustrie (+ 3,6 vH) erheblich. Da-

Veränderung der Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden
in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1967				1968				1969	
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Industrie ¹⁾	- 3,9	- 2,8	- 1,8	- 0,8	+ 3,7	+ 2,3	+ 1,2	+ 2,3	+ 0,4	+ 0,5
Bauhauptgewerbe	+ 4,7	- 1,3	- 1,5	- 3,7	- 9,7	- 0,8	+ 0,2	+ 3,7	- 9,9	- 0,4

¹⁾ Betriebe mit über 10 Beschäftigten

Veränderung von Beschäftigung, Bruttolöhnen und -gehältern und Durchschnittseinkommen
in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit

	1967	1968	1967				1968				1969			
			I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III ¹⁾	IV ¹⁾
Beschäftigung	-3,5	0,4	-2,9	-4,1	-4,0	-3,0	-1,2	-0,0	0,9	1,8	2,8	2,9	2,5	2,0
Bruttolöhne u. -gehälter . .	+ 0,0	6,8	2,1	-0,4	-1,7	0,1	2,7	5,9	8,5	9,9	10,0	12,3	12,5	12,0
Durchschnittseinkommen . .	3,7	6,4	5,2	4,0	2,5	3,3	3,9	5,9	7,5	7,9	7,0	9,1	9,5	10,0

¹⁾ Schätzung.

mit verglichen bleibt in den übrigen Industriebereichen die Zunahme der Beschäftigung allerdings sehr deutlich zurück. So wurde der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt wiederum nur von den drei genannten Industriegruppen übertroffen. Bei einem Anteil von lediglich einem Drittel an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer wurden mehr als 72 vH aller zusätzlich Beschäftigten hier eingestellt.

Gegenüber den bisher genannten Werten waren allerdings in einzelnen Industriezweigen noch wesentlich höhere Zuwachsraten festzustellen. Verglichen mit dem Stand des Vorjahres erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in der Elektrotechnischen Industrie (Ende Juni + 12,2 vH), im Straßenfahrzeugbau (+ 11,9 vH), in der Gummi- und Asbestverarbeitenden Industrie (+ 10,2 vH) und in der Kunststoffverarbeitenden Industrie (+ 10 vH) um mehr als ein Zehntel.

Im Vergleich zur Industrie expandierte die Beschäftigung im Durchschnitt der übrigen Wirtschaftsbereiche weiterhin schwach; der schon seit längerem deutliche Abstand im Wachstumstempo hat sich im Berichtsquartal nochmals vergrößert. Gegenüber dem Vorjahr haben die Bauwirtschaft, der Öffentliche Dienst und auch das Banken- und Versicherungswesen ihren Beschäftigtenstand allerdings noch um rund 2 vH erhöht.

Die umfangreichen Neueinstellungen von Arbeitern (im Vorjahresvergleich + 3,4 vH) müssen weiterhin noch als Reaktion auf die in der Rezession vorgenommenen Entlassungen angesehen werden. Offen bleibt allerdings, ob die schwächere Zunahme der Angestelltenzahl (+ 2,5 vH) nicht auch darauf zurückzuführen ist, daß die Nachfrage nach qualifizierten Angestellten aufgrund des geringeren Angebots am Arbeitsmarkt nicht mehr zu befriedigen ist.

Durchschnittliches Einkommen

Die Expansion der Individualeinkommen hat sich im Gesamtdurchschnitt sehr deutlich verstärkt. Die Jahreszuwachsrate betrug 9,1 vH (erstes Quartal: 7,0 vH). Die Gründe dafür liegen allerdings nicht allein in der weiteren konjunkturellen Belebung. So hatten die Bauarbeiter im vorangegangenen Winterquartal Lohneinbußen hinzunehmen und erreichten demzufolge nicht einmal den durchschnittlichen Vorjahrslohn. Andererseits haben sich im Öffentlichen Dienst die Verhandlungen über die zum 1. Januar 1969 gekündigten Tarife sehr lange hingezogen. Dies führte schließlich dazu, daß im Berichtsquartal Nachzahlungen für das erste Quartal geleistet werden mußten. Die für Arbeiter und Angestellte im Öffentlichen Dienst (auch im Bereich

Entwicklung von Effektiv- und Tariflöhnen¹⁾ und -gehältern in ausgewählten Wirtschaftszweigen

	1966				1967				1968				1969	
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Zunahme in vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit														
Arbeiter ²⁾														
effektiv	8,5	6,8	6,4	5,7	4,0	1,7	1,3	2,7	3,8	7,7	8,7	8,5	6,8	9,2
tariflich	6,6	7,3	6,4	6,2	5,1	2,9	2,3	2,0	1,8	3,5	5,0	4,8	5,9	6,0
Angestellte ³⁾														
effektiv	8,1	8,2	8,1	6,8	5,0	5,1	3,5	3,6	4,2	5,6	6,7	7,7	8,0	9,4
tariflich	5,3	6,2	6,8	6,3	5,2	3,5	2,4	1,7	2,3	3,1	3,9	3,8	4,8	6,0
Differenzen zwischen effektiver und tariflicher Veränderungsrate														
Arbeiter	+ 1,9	- 0,5	± 0,0	- 0,5	- 1,1	- 1,2	- 1,0	+ 0,7	+ 2,0	+ 4,2	+ 3,7	+ 3,7	+ 0,9	+ 3,2
Angestellte	+ 2,8	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,5	- 0,2	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,9	+ 3,2	+ 3,4

¹⁾ Berechnungsbasis: Tarifliche Wochenlöhne. — ²⁾ Alle Wirtschaftsbereiche außer Landwirtschaft, Handwerk, Geld-, Bank- und Versicherungswesen, Gaststättenwesen, Kunst und Unterhaltung, Häusliche Dienste, Dienstleistungshandwerk und sonstige Dienstleistungen. — ³⁾ Wie Anm. ²⁾ aber einschl. Geld-, Bank- und Versicherungswesen.

Beschäftigung und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in der Bundesrepublik²⁾ im 2. Quartal 1969

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
	Männer				Frauen				Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
	gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehr-linge	gesamt	Arbeiter	Angestellte u. Beamte	Lehr-linge				
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000)												
Land- und Forstwirtschaft . . .	277	231	31	15	111	96	7	8	388	- 2,1	- 2,6	- 2,3
Bergbau	312	256	45	11	11	5	6	0	323	- 6,3	.	- 6,1
Energiewirtschaft	183	118	59	6	22	6	16	0	205	1,7	.	1,5
Grundstoff- u. Prod.-güter-Ind. ³⁾ . . .	1 434	1 091	296	47	317	182	122	13	1 751	3,7	3,3	3,6
Investitionsgüter-Industrie	2 797	1 967	638	192	911	611	272	28	3 708	8,2	7,7	8,0
Verbrauchsgüter-Industrie	989	749	201	39	1 185	1 012	133	40	2 174	5,2	5,1	5,2
Nahrungs- u. Genußmittel-Industrie . . .	317	217	94	6	213	162	47	4	590	1,3	0,9	1,1
Industrie, gesamt	6 032	4 398	1 333	301	2 659	1 978	596	85	8 691	5,2	5,3	5,2
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	898	647	74	177	302	145	95	62	1 200	1,7	1,7	1,7
Baugewerbe	1 873	1 601	131	141	75	13	54	8	1 948	2,2	2,7	2,2
Produzierendes Gewerbe	8 803	6 646	1 538	619	3 036	2 136	745	155	11 839	4,2	4,9	4,4
Handel	1 157	435	572	150	1 453	248	922	283	2 610	1,8	1,8	1,8
Verkehr	1 173	554	564	55	194	59	130	5	1 367	- 0,4	± 0,0	- 0,4
Handel und Verkehr	2 330	989	1 136	205	1 647	307	1 052	288	3 977	0,6	1,6	1,0
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	2 121	356	1 714	51	710	138	550	22	2 831	2,2	1,4	2,0
Geld-, Bank- u. Versicherungswesen	272	11	229	32	234	16	194	24	506	2,3	2,2	2,2
Gaststättenwesen	115	71	34	10	284	212	62	10	399	0,9	0,7	0,8
Häusliche Dienste	1	—	1	—	360	262	87	11	361	—	1,4	— 1,1
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	81	60	14	7	300	225	27	48	381	2,5	2,0	2,1
Sonstige Dienstleistungen	393	76	298	19	564	99	439	26	957	1,6	1,8	1,7
Dienstleistungen, gesamt	2 983	574	2 290	119	2 452	952	1 359	141	5 435	2,1	1,2	1,7
Insgesamt	14 393	8 440	4 995	958	7 246	3 491	3 163	592	21 639	3,0	2,7	2,9
Bruttolöhne und -gehälter⁶⁾ (in Mill. DM)												
Land- und Forstwirtschaft	627	498	121	8	175	153	18	4	802	5,0	5,4	5,1
Bergbau	1 031	783	240	8	29	12	17	0	1 060	1,7	.	1,8
Energiewirtschaft	682	405	273	4	69	15	54	0	751	10,2	.	10,0
Grundstoff- u. Prod.-güter-Ind. ³⁾	5 446	3 708	1 707	31	808	389	411	8	6 254	12,8	11,9	12,7
Investitionsgüter-Industrie	9 731	6 409	3 206	116	2 146	1 302	828	16	11 877	18,4	17,3	18,2
Verbrauchsgüter-Industrie	3 067	2 120	923	24	2 255	1 851	381	23	5 322	12,6	12,2	12,4
Nahrungs- u. Genußmittel-Industrie	1 113	670	440	3	429	287	140	2	1 542	8,4	7,8	8,2
Industrie, gesamt	21 070	14 095	6 789	186	5 736	3 856	1 831	49	26 806	14,3	13,6	14,1
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	2 213	1 854	264	95	465	263	170	32	2 678	10,7	9,4	10,4
Baugewerbe	6 178	5 442	650	86	178	29	145	4	6 356	12,0	11,9	12,0
Produzierendes Gewerbe	29 461	21 391	7 703	367	6 379	4 148	2 146	85	35 840	13,5	13,2	13,5
Handel	3 473	1 153	2 238	82	2 739	476	2 114	149	6 212	9,8	9,5	9,6
Verkehr	3 770	1 692	2 043	35	540	142	395	3	4 310	10,7	11,8	10,9
Handel und Verkehr	7 243	2 845	4 281	117	3 279	618	2 509	152	10 522	10,3	9,8	10,1
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	8 518	1 214	7 270	34	2 338	302	2 022	14	10 856	12,8	13,9	13,0
Geld-, Bank- u. Versicherungswesen	1 001	32	948	21	609	33	561	15	1 610	12,0	11,5	11,8
Gaststättenwesen	343	196	142	5	527	379	143	5	870	8,5	7,6	7,9
Häusliche Dienste	3	—	3	—	612	414	192	6	615	.	7,2	7,1
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	205	144	57	4	475	384	64	27	680	10,2	10,0	10,0
Sonstige Dienstleistungen	1 440	213	1 215	12	1 193	185	993	15	2 633	9,2	9,2	9,2
Dienstleistungen, gesamt	11 510	1 799	9 635	76	5 754	1 697	3 975	82	17 264	12,1	11,0	11,7
Insgesamt	48 841	26 533	21 740	568	15 587	6 616	8 648	323	64 428	12,6	11,6	12,3
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM)												
Land- und Forstwirtschaft	755	719	1 301	178	526	531	857	167	689	7,3	8,3	7,5
Bergbau	1 101	1 020	1 778	242	879	800	944	.	1 094	8,5	7,4	8,5
Energiewirtschaft	1 242	1 144	1 542	222	1 045	833	1 125	.	1 221	8,4	7,8	8,3
Grundstoff- u. Prod.-güter-Ind. ³⁾	1 266	1 133	1 922	220	850	712	1 123	205	1 191	8,8	8,4	8,8
Investitionsgüter-Industrie	1 160	1 086	1 675	201	785	710	1 015	190	1 068	9,4	8,9	9,4
Verbrauchsgüter-Industrie	1 034	943	1 531	205	634	610	955	192	816	7,0	6,7	6,9
Nahrungs- u. Genußmittel-Industrie	1 170	1 029	1 560	167	671	591	993	167	970	7,0	6,8	7,0
Industrie gesamt	1 164	1 068	1 698	206	719	650	1 024	192	1 028	8,7	7,8	8,5
Handwerk u. sonst. Kleingewerbe	821	955	1 189	179	513	605	596	172	744	8,8	7,6	8,6
Baugewerbe	1 099	1 133	1 654	203	791	744	895	167	1 088	9,6	9,0	9,6
Produzierendes Gewerbe	1 116	1 073	1 669	198	700	647	960	183	1 009	9,0	7,9	8,7
Handel	1 001	884	1 304	182	628	640	764	176	793	7,9	7,5	7,7
Verkehr	1 071	1 018	1 207	212	928	802	1 013	200	1 051	11,2	11,8	11,3
Handel und Verkehr	1 036	959	1 256	190	664	671	795	176	832	9,5	8,1	9,0
Öffentlicher Dienst ⁴⁾	1 339	1 137	1 414	222	1 098	729	1 225	212	1 278	10,3	12,3	10,8
Geld-, Bank- u. Versicherungswesen	1 227	970	1 380	219	868	688	964	208	1 061	9,5	9,2	9,4
Gaststättenwesen	994	920	1 392	167	619	596	769	167	727	7,6	6,8	7,1
Häusliche Dienste	1 000	—	1 000	—	567	527	736	182	568	.	8,7	8,7
Dienstleistungshandwerk ⁵⁾	844	800	1 357	190	528	569	790	188	595	7,5	7,8	7,7
Sonstige Dienstleistungen	1 221	934	1 359	211	705	623	754	192	917	7,5	7,3	7,4
Dienstleistungen, gesamt	1 286	1 045	1 402	213	782	594	975	194	1 059	9,8	9,7	9,9
Insgesamt	1 131	1 048	1 451	198	717	632	911	182	992	9,2	8,6	9,1

1) Einschl. Heimarbeiter. — 2) Einschl. Berlin (West) und Saarland. — 3) Einschl. Industrie der Steine und Erden. — 4) Einschl. Soldaten. — 5) Photographisches Gewerbe, Wäschereien, Friseurere. — 6) Photographisches Gewerbe, Wäschereien, Friseurere.

der Bundesbahn und Bundespost) ausgewiesenen Lohnsteigerungen sind also hinsichtlich der Quartalsabgrenzung überhöht.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen hat sich das Tempo der Lohnexpansion sehr stark angeglich. Insbesondere ist für die in der Industrie beschäftigten Arbeitnehmer kein Vorsprung hinsichtlich des Wachstumstempos der individuellen Einkommenssteigerungen gegenüber den übrigen Beschäftigten mehr festzustellen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen war für die Mehrzahl aller Beschäftigten im Berichtsquartal eine durchschnittliche Jahreszuwachsrate der Individualeinkommen zwischen 8 bis 9,5 vH „repräsentativ“.

Im Zeichen der äußersten Arbeitskräfteverknappung vollzieht sich eine rasche intersektorale Anpassung in der Lohnentwicklung. Hohe Gewinne in konjunkturell begünstigten Sektoren geben das Signal für eine Verstärkung der Lohnexpansion. Ein anderes Verhalten als das einer raschen Anpassung der übrigen Sektoren würde gegenwärtig für die konjunkturell weniger begünstigten Bereiche eine Abwanderung besonders der qualifizierten Arbeitskräfte zur Folge haben.

Auch bei den einzelnen Arbeitnehmergruppen ist eine gleichmäßigere Steigerung der Verdienste festzustellen. Die Löhne der Arbeiter (im zweiten Quartal + 9,3 vH), die seit der Rezession bis Ende 1968 stets stärker als die Verdienste der Angestellten und Beamten (+ 9 vH) zugenommen hatten, expandieren gegenwärtig im gleichen Tempo wie die Einkommen der Gehaltsempfänger.

Ausblick

War es bis vor kurzem noch recht schwierig, die Lohnentwicklung über das Jahr 1969 hinaus fundiert zu prognostizieren, so haben die jüngsten Ereignisse am Arbeitsmarkt das zu erwartende Ausmaß der weiteren Lohnexpansion recht deutlich vorgezeichnet. Schon jetzt ist zu übersehen, daß, als Fazit der von den Gewerkschaften nicht kontrollierten Streiks, für die weiteren tarifpolitischen

Verhandlungen folgende Gesichtspunkte sehr wichtig geworden sind:

1. Die Situation der Gewerkschaften wird sehr schwierig, wenn sie an langfristige Tarifverträge gebunden wird und sich das Konjunkturklima während der Laufzeit erheblich verändert.
2. Angesichts der immer noch zunehmenden Auftragsbestände sind die Arbeitgeber bei Vermeidung von Arbeitsausfällen gegenwärtig zu Lohnzugeständnissen bereit, die die bisherigen Vorstellungen von einer „angemessenen“ Lohnexpansion übersteigen.

Es ist daher damit zu rechnen, daß es in nächster Zeit in nicht wenigen Bereichen zu vorfristigen Tarifverhandlungen kommen wird.

Es schien zunächst so, daß mit dem zum 1. September abgeschlossenen Tarifvertrag in der Metallverarbeitenden Industrie (+ 8 vH) ein neuer Richtsatz für die weitere Lohnrunde gegeben war. Das nach den ersten Streiks binnen kurzem erreichte Verhandlungsergebnis in der Eisenschaffenden Industrie (etwa 11 vH) hat aller Wahrscheinlichkeit nach die „Leitlinie“ künftiger Tarifverhandlungen beträchtlich nach oben korrigiert. Eine derartige Einschätzung wird auch durch das Übergreifen der Streikbewegungen auf andere Wirtschaftsbereiche unterstrichen.

Nach den letzten statistischen Informationen hat sich im dritten Quartal die Expansion der Beschäftigung verlangsamt (+ 2,5 vH), die der Individual-einkommen weiter beschleunigt (+ 9,5 vH). Insgesamt hat die Lohn- und Gehaltssumme — wie im vorangegangenen Quartal — um reichlich 12 vH zugenommen. Für das letzte Quartal 1969 ist angesichts des knappen Angebots am Arbeitsmarkt mit einem sich weiter abschwächenden Wachstum der Beschäftigung zu rechnen. Die Auswirkungen der schon beschlossenen wie auch der noch — teilweise vorfristig — abzuschließenden Tarifverträge werden bei einem derartigen Arbeitsmarktklima dagegen die Expansion der Individual-einkommen weiter anregen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel.: (0311) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Krengel,
Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für die wissenschaftliche Leitung des Instituts und für den Inhalt der Wochenberichte verantwortlich ist das Kollegium der
Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter, in Vertretung Dr. Horst Seidler

Verschärfter Restriktionskurs bearbeitet von Reinhard Pohl. — Lohnexpansion verstärkt sich bearbeitet von Gerhard Göseke.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1.—